



## **Der Weg zu neuem Wachstum**

### **Die Schweiz als Chancengesellschaft: Ein „Vertrauenspakt für mehr Wachstum“ auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft**

**Wachstumsprogramm  
der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz :  
Grundsätze, Ziele, Umsetzungsbausteine**

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP  
Schweiz vom 19. Oktober 2002 in Bellinzona (TI)

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Chancen und Vertrauen als Voraussetzung für neues Wachstum</b>	<b>3</b>
<b>1.1. Die Herausforderungen</b>	<b>3</b>
<b>1.2. Die Kraft des Wachstums</b>	<b>4</b>
<b>1.3. Das Leitbild für das Wachstum: Chancengesellschaft Schweiz</b>	<b>6</b>
<b>1.4. Ein neuer „Vertrauenspakt für mehr Wachstum“ auf der Basis von Freiheit und Verantwortung</b>	<b>7</b>
<b>2. Ziele der FDP-Wachstumspolitik</b>	<b>10</b>
<b>3. Die Bausteine für die Umsetzung</b>	<b>12</b>

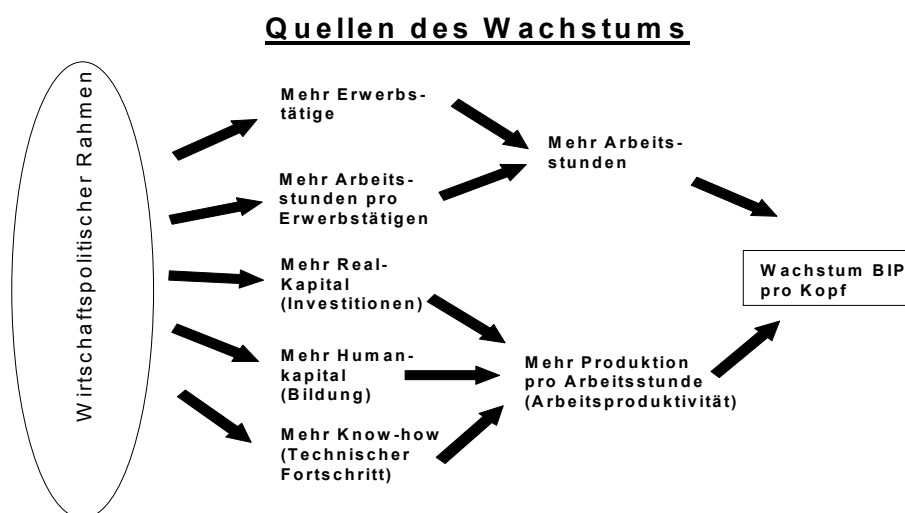
# 1. Chancen und Vertrauen als Voraussetzung für neues Wachstum

## 1.1. Die Herausforderungen

Mit dem liberalen Manifest hat die FDP 1990 die Grundlage für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik gelegt. Das Wachstumspapier der FDP bleibt diesem liberalen Credo verpflichtet und gibt eine Antwort auf drei wesentliche Herausforderungen für die Zukunft der Schweiz:

1. Die **Wachstumsschwäche**: Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten ist das Wirtschaftswachstum in der Schweiz seit den 90-er Jahren ungenügend. Die Schweiz muss auf einen Pfad des kräftigen Wachstums zurückfinden. Dazu muss die Politik mit wachstumsfördernden Rahmenbedingungen und entsprechenden Massnahmen einen Beitrag leisten; der Wettbewerbsstau darf nicht länger bestehen.
2. Der **demographische Wandel**: Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung wird sich ohne Gegenmassnahmen negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Der bisherige Wohlstand in der Schweiz ist geprägt von der im Vergleich zu den OECD-Ländern überdurchschnittlich hohen Erwerbstätigenquote. Die Wirtschafts-, aber auch die Familien-, Sozial-, und Alterspolitik müssen auf diese Herausforderung antworten.
3. Die **Vertrauensfrage**: Die massiven Korrekturen an den Kapitalmärkten und Masslosigkeiten bei einzelnen Konzernen haben zu einem starken Vertrauensverlust bei Anlegern, Arbeitnehmern und der breiten Öffentlichkeit geführt. Ohne Vertrauen funktionieren Märkte jedoch nicht. Vertrauen kann nicht primär durch staatliche Kontrolle verordnet werden. Es braucht vielmehr eine Offensive für einen „Vertrauenspakt“.

Das Wirtschaftswachstum hängt entscheidend vom **Arbeitsvolumen** (u.a. Erwerbstätigenquote) und der **Arbeitsproduktivität** ab.



(Quelle: Wachstumsbericht, seco, Mai 2002)

Die FDP will diese beiden Pfeiler unseres Wachstums und Wohlstands im Lichte der genannten Herausforderungen nachhaltig stärken. Neben dem Erhalt einer hohen Erwerbstätigenzahl bedeutet dies vor allem eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dafür braucht die Schweiz in allen Bereichen eine **griffige Wachstumspolitik**:

- Zur Steigerung des Arbeitsvolumens tragen vor allem **Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik** und **Migrationspolitik** bei.
- Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität folgt aus **intensiverem Wettbewerb, mehr unternehmerischem Freiraum** sowie einer auf hohe Wertschöpfung ausgerichteten **Bildungs-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik**.

Die Schweiz soll auch im 21. Jahrhundert eine **führende Wirtschaftsnation** bleiben. Die FDP will vermeiden, dass die Schweiz zu einem Problemfall wird. Mit der Wachstumspolitik der FDP werden die Bedingungen geschaffen, dass auch zukünftig ein hohes Wohlstandsniveau gesichert ist und jeder in der Schweiz seine Chancen nutzen kann.

Das Wachstumsprogramm der FDP will dem Tüchtigen möglichst freie Bahn lassen. Aber niemand soll auf der Seite liegen gelassen werden. Die FDP setzt sich daher für eine **Stärkung der sozialen Marktwirtschaft** ein.

Für eine nachhaltige Marktwirtschaft sind **Transparenz**, aber auch vermehrte **Checks und Balances** unerlässlich. Das ermöglicht es den Marktkräften, Fehlleistungen und Fehlverhalten zu korrigieren. Die Wirtschaftsführer sind vor allen anderen gefordert, die **Vertrauensbasis** wieder zu stärken und das Prinzip von **Treu und Glauben** hochzuhalten. Die FDP vertraut in verschiedenen Bereichen der Selbstregulierung der Wirtschaft, verlangt aber von den Akteuren hohe ethische Standards und Transparenz.

## **1.2. Die Kraft des Wachstums**

„Die Macht von Wachstumsraten ist verblüffend. An und für sich unspektakulär erscheinende Unterschiede in der Wachstumsrate haben längerfristig **profunde Auswirkungen auf den Wohlstand** von Ländern. ... So ist etwa das BIP pro Kopf in der Schweiz in der Periode 1870-1990 mit einer durchschnittlichen Rate von 1, 9% pro Jahr gewachsen. Das hat das pro Kopf Einkommen in heutige Franken umgerechnet von 5000.- auf etwa 45000.- erhöht. Wäre die durchschnittliche Wachstumsrate lediglich um einen Prozentsatz tiefer gewesen, so hätte sich das Einkommen statt verzehnfacht lediglich auf etwa 14000.- verdreifacht und läge auf dem Niveau von Griechenland und Portugal.“ (Wachstumsbericht, seco, Mai 2002, S.5).

Eine erfolgreiche Wachstumspolitik ist **Voraussetzung für den schweizerischen Wohlstand**. Das Wachstumsprogramm der FDP will einen Beitrag dazu leisten, dass die Schweiz, mit den Volkswirtschaften Europas, Amerikas und Asiens mithalten kann. Nachhaltiges Wachstum bedeutet, dass die Individuen mehr **Wahlfreiheit** erhalten, und die Umwelt dennoch **gesichert** wird. Nur eine Politik des Wirtschaftswachstums ermöglicht nachhaltige Einkommenssteigerungen, die zur Absicherung der Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft nötig sind.

Mit dem Wachstumsprogramm der FDP soll die **Wettbewerbsfähigkeit** und **Innovationskraft** der schweizerischen Wirtschaft gesichert, zukunftssträchtige Technologien und Wachstumsbranchen gefördert sowie die **Standortattraktivität** der Städte und Regionen der Schweiz verbessert werden.

Bedingungen hierzu sind neben der Förderung des **Wettbewerbs, solide Finanzen**, attraktive **Steuern, Bildung und Forschung** sowie die **Geldwertstabilität** und die **Berechenbarkeit** der Nationalbankpolitik. Weil die schweizerische Wirtschaft auch vor allem über den internationalen Marktzugang wächst, kommt der Nationalbankpolitik eine besondere Rolle zu (**Währungspolitik**). Zu den wichtigen Standortfaktoren gehören zudem die verwurzelte **Sozialpartnerschaft** und die **politische Kultur der Schweiz**. Ein weiterer zentraler Pfeiler ist ein **breit gestreutes Eigentum**.

### **Mehr Wachstum...**

... ist unverzichtbar für einen hohen **Lebensstandard** in allen Bevölkerungskreisen. Ein kräftiges Wirtschaftswachstum stärkt den Wohlstand einer Gesellschaft und eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung, ein zukunftssträchtiges und interessantes Arbeitsumfeld sowie bessere Aufstiegschancen.

... beschert der Wirtschaft und den Anlegern mehr Erträge. Diese wiederum ermöglicht eine grössere **Selbstfinanzierung von Investitionen** und vor allem – risikoreicheren – **Innovationen**. Es resultieren daraus neuerliche Wachstumsimpulse. Die Vermögensstreuung wird verbreitert was eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung erlaubt.

... bietet **mehr Beschäftigung** an, die Arbeitslosigkeit sinkt. Das entlastet sowohl die Arbeitslosenversicherung als auch die öffentlichen Haushalte. Dank hoher Beschäftigung verbessert sich auch die Finanzierung der Sozialversicherungen.

... führt zu mehr Steuereinnahmen. Bessere Jahresabschlüsse der öffentlichen Haushalte sollen zur **Schuldentilgung** und **gezielte Steuersenkungen** benutzt werden. Dies lädt zu Investitionen ein und bewirkt positive Wachstumseffekte für die gesamte Volkswirtschaft.

... begünstigt den **sozialen Frieden**. Wenn die Wirtschaft wächst, spielen sich Verteilungskämpfe weniger hart ab, zudem kommt es zu einer breiteren Vermögensstreuung. Die politische Stabilität der Schweiz wird gestärkt.

... ermöglicht **regionale Ausgleiche** und gewährleistet die **innerschweizerischen Transferzahlungen**, ohne die positiven Wirkungen des föderalen Wettbewerbs auszuschalten.

... sichert die Mittel für **den Umweltschutz** (z.B. Lärmschutz, Wärmeisolationen) und ermöglicht überhaupt erst marktwirtschaftliche Anreize zur Dämpfung der Umweltbelastung.

### 1.3. Das Leitbild für das Wachstum: Chancengesellschaft Schweiz

Die demographischen Prognosen zeigen, dass die Schweiz eine alternde, leicht wachsende Gesamtbevölkerung und eine sinkende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter ausweisen wird. Das Wachstumsprogramm der FDP nimmt diese Herausforderung an. Die höhere Lebenserwartung und die zunehmende Vitalität im Alter werden als gesellschaftlicher Fortschritt anerkannt.

Im Zuge des demographischen Wandels verändert sich die Stellung einzelner Altersklassen und Bevölkerungsgruppen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen müssen sich dem Wandel anpassen. Angesprochen sind damit insbesondere die bereichsübergreifenden Felder Alterspolitik, Familienpolitik sowie Bildung und Ausländerintegration.

In diesem raschen Wandel benötigt die Gesellschaft einen Kompass. Die FDP fördert die „**Chancengesellschaft**“:

#### **Die Chancengesellschaft...**

... geht über die in der Bundesverfassung angestrebte „möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern“ oder die gebräuchlichen Begriffe der „Chancengerechtigkeit“ und „Chancenvielfalt“ hinaus. In der Chancengesellschaft steht das **Erfassen und Nutzen von Chancen als politisches Gestaltungsprinzip** im Vordergrund. Die Chancengesellschaft geht von der Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger aus. In ihr herrscht ein hohes Mass an Individualität, Vielfalt und Flexibilität. Ausgangspunkt ist das liberale Menschenbild: Die Chancengesellschaft braucht den kreativen, mitdenkenden, teamfähigen und verantwortlich handelnden Menschen.

... ermöglicht dem Einzelnen, mit Mut und Anstrengung **aus dem eigenen Leben das Beste zu machen**. In ihr geht es nicht primär um Besitzstandwahrung und Sicherheitsdenken, sondern die Politik muss auf die Eröffnung von Lebenschancen ausgerichtet sein. Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft mag einen Verlust von Sicherheiten bedeuten. Gleichzeitig geht aber auch ein Gewinn an Wahlmöglichkeiten und damit an Chancen und Freiheiten einher.

... befähigt die einzelnen **Bürgerinnen und Bürger**, den für sie richtigen Weg zu finden und ihre Chancen zu nutzen. Bürgerinnen und Bürger, die etwas wagen und dabei scheitern, sind zum Nutzen neuer Chancen zu ermuntern. Chancengesellschaft bedeutet Chancen nicht nur für wenige, die es schon geschafft haben. Liberale Politik will breitesten Bevölkerungsschichten neue Chancen eröffnen. Diese Chancen wahrzunehmen, ist Aufgabe des Einzelnen. Dabei sollen die Chancen nicht auf Kosten Dritter wahrgenommen werden.

... setzt neue Prioritäten für das **politische Handeln**. Die Schweiz braucht den lebenslangen Zugang zur Bildung, den Wettbewerb um die besten Köpfe für unser Land. Die Priorität für die Bildung bedeutet auch, dass Familie und Beruf vereinbar sein müssen und dass der Zugang zu Bildungs-, Aus- und Weiterbildung für alle gewährleistet sein muss.

... schiebt der Reglementierung und Einschränkung immer weiterer Lebensbereiche durch den Staat einen Riegel. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht in ihrer Entfaltung gehemmt werden. **Mehr Mut zum Freiraum**, zur Eindrängung der Gesetzesflut, zu mehr Wettbewerb und damit zur Eröffnung von Chancen und verantwortlichem Handeln schaffen das Klima für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

... braucht **weniger Schulden, weniger Steuern und mehr Wachstum**. Der Schuldenstaat vernichtet Zukunftschancen – heute, aber vor allem jene der nachfolgenden Generationen. Der Staat soll nicht mehr ausgeben wie er einnimmt. Steuerpolitik ist weit mehr als ein wirtschaftliches Thema. Es ist ein Freiheitsthema, denn der Hochsteuerstaat enteignet letztlich Erfolg und Chancen und untergräbt das Wachstum.

... heisst schliesslich, wie es die FDP schon in ihrem liberalen Manifest 1990 geschrieben hat: „Freiheit verlangt offene Zugänge für alle. Neue Freiräume müssen aufgebrochen, **unnötige Fesseln gesprengt** werden. So gedeihen Kreativität und Spontaneität auch zugunsten der Gesellschaft und werden Kräfte für notwendige Innovationen freigelegt.“

Das grosse Risiko besteht heute nicht darin, Bestehendes zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Es gibt **keine Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung**. Wer alle Risiken ausschliessen will, zerstört seine Chancen. Die Schweiz braucht die Wachstumspartei FDP, welche die Chancen auf breiter Basis nutzen will und nicht vor möglichen Risiken erstarrt.

#### **1.4. Ein neuer Vertrauenspakt für mehr Wachstum auf der Basis von Freiheit und Verantwortung**

Politik und Staat können die historischen Herausforderungen und Probleme, die sich aus der Globalisierung, Informatisierung und Individualisierung der Gesellschaft ergeben, nicht im Alleingang angehen. Vielmehr ist eine politische **Doppelstrategie** erforderlich: Die Politik muss an den richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen. Sie muss dort eingreifen, wo ordnungspolitischer Handlungsbedarf entsteht (Wettbewerbsverzerrungen, Marktmissbräuche, Rechtsunsicherheiten, infrastrukturelle Reibungsverluste), aber sie muss dort von Regulierungen Abstand nehmen, wo die Wirtschaftsteilnehmer an der Entfaltung gehindert werden. Für diese Doppelstrategie braucht es politischen Mut.

Aus freisinniger Sicht kann die Politik kein Wirtschaftswachstum verordnen, sondern erleichtern oder belohnen. Der Staat kann nicht befehlen, dass die Unternehmen mehr produzieren und dass die Konsumenten mehr konsumieren oder gar, dass der Kapitalmarkt mehr „hergibt“. Mit einem Rückfall in planwirtschaftliche „Koordinationen“ und in „Eingriffe“ aller Art zur Wachstumsförderung wären Politik und Verwaltung hoffnungslos überfordert. Nur über den Markt können die neuen Herausforderungen Aufgabe zufriedenstellend gelöst werden.

Der Markt braucht aber **Regeln** und **Vertrauen**. Aus freisinniger Sicht ist der Bestand der gesetzlichen Regeln möglichst gering zu halten. Voraussetzung für diese gesetzgeberische Zurückhaltung ist aber die Selbstregulierung und Selbstkontrolle. Dazu schlägt die FDP einen **Vertrauenspakt für mehr Wachstum** auf der Basis von **Freiheit** und **Ver-**

**antwortung** zwischen den Wirtschaftsteilnehmern (Konsumenten, Arbeitnehmer, Unternehmer, Investoren) und dem Staat (Bürger, Parlament, Regierung) vor.

Der **Vertrauenspakt für mehr Wachstum** baut auf die berechtigten Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer an die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Die *Arbeitnehmer* müssen unter anderem auf eine hochwertige Ausbildung, die *Unternehmen* auf freie Entfaltungsmöglichkeiten, die *Konsumenten* auf einen wirksamen Wettbewerb und die *Investoren* auf berechenbare Rahmenbedingungen, transparente Märkte und eine verlässliche Rechnungslegung zählen können.

**Grundlage des Vertrauenspakts für Wachstum ist die Untrennbarkeit von Freiheit und Verantwortung. Allen privaten Akteuren werden möglichst weitreichende Freiheiten zugestanden; als Gegenleistung wird die Anerkennung und Übernahme der entsprechenden Verantwortung erwartet. Grundlage dieser auf Treu und Glauben beruhenden Verbindung von Freiheit und Verantwortung ist die Einsicht, dass die Chancen des Einzelnen und die Chancen aller im Zusammenhang stehen.**

#### **Die 10 Grundsätze des Vertrauenspakts**

1. **Arbeitsmarkt, Alterspolitik:** Leistung soll auf dem Arbeitsmarkt belohnt werden; *im Gegenzug* wird Leistungsbereitschaft erwartet. Wer arbeiten kann, soll die angebotene Arbeit auch annehmen. Zudem sollen das Können und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer genutzt und ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.
2. **Migrationspolitik:** Die Einwanderung ist am Landesinteresse auszurichten und auf gut qualifizierte Personen zu konzentrieren, die Integration der anwesenden Ausländer ist voranzutreiben; *im Gegenzug* ist von allen die Bereitschaft zur Integration und die Respektierung des Rechtsstaates und der hiesigen Gepflogenheiten zu verlangen.
3. **Wirtschaftspolitik (Freiraum, Kontrolle):** Die Wirtschaftsteilnehmer (Unternehmer, Konsumenten, Arbeitnehmer, Investoren) sind von bürokratischen Zwängen zu entlasten; *im Gegenzug* wird von ihnen mehr Mut zur Selbständigkeit und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Wirtschaftsfreiheit erwartet. Dazu gehört auch eine wachsame Beaufsichtigung der leitenden Organe der Firmen durch die Aktionäre, um missbräuchliche Salär- und Optionssysteme sowie schlechte Führung zu verhindern. Es sind Transparenz und Rechnungslegungsvorschriften einzuhalten. Vergehen müssen geahndet werden.
4. **Wirtschaftspolitik (Unternehmen, Konsumenten):** Unternehmensgründungen (Jungunternehmer) und Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, sollen einen höheren Stellenwert in der Wirtschaftspolitik erhalten. *Im Gegenzug* bauen wir darauf, dass junge Menschen die Chancen der Selbständigkeit ergreifen und die Unternehmer ihre Verantwortung wahrnehmen. So wird die Bedeutung des Unternehmertums gestärkt. - Die Produktequalität liegt im gemeinsamen Interesse der Konsumenten und der Wirtschaft. Produkte sollen die Umwelt so wenig wie möglich belasten und die Information der Konsumenten so umfassend wie möglich sein. *Im Gegenzug* müssen die Konsumenten selbst ihre Wahlfreiheit und damit ihren Einfluss nutzen. Nur so können sich Qualität und Umweltverträglichkeit auf dem Markt durchsetzen.
5. **Steuerpolitik:** Niedrige und wachstumsfreundliche Steuersätze für Unternehmer, Investoren und Bürger fördern die finanzielle Selbstbestimmung und bringen mehr Dynamik; Bürgerinnen und Bürger dürfen *im Gegenzug* erwarten, dass alle auch die Steuern entrichten, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen.
6. **Bildungs- und Forschungspolitik:** Die Bürger müssen die Chance bekommen, ihre Talente zu entwickeln; *im Gegenzug* erwarten wir, dass diese Chancen auch ergriffen werden. Der



Forschung sind gute Rahmenbedingungen zu garantieren; *im Gegenzug* wird von den Wissenschaftlern erwartet, dass sie die Grenzen der Freiheit erkennen.

7. **Infrastrukturpolitik und service au public:** Wo Markt möglich ist, sollen private Ersteller und Betreiber die Möglichkeit haben, Leistungen zu erbringen. *Im Gegenzug* wird erwartet, dass diese sich den besonderen Anforderungen und Eigenheiten des „service au public“ bewusst sind, entsprechend handeln und dem strengen Anforderungsprofil genügen.
8. **Gesundheitspolitik und Soziale Sicherheit:** Grosse Lebensrisiken (zum Beispiel Krankheiten) sollen auch in Zukunft solidarisch abgesichert sein; *im Gegenzug* soll den Bürgern mehr Eigenverantwortung zugetraut werden. Zudem müssen alle Generationen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung auch unter den veränderten wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten langfristig gesichert ist. *Im Gegenzug* ist darauf zu bauen, dass jeder mit beruflicher und privater Vorsorge und besserer Ausschöpfung der Lebensarbeitszeit seinen Beitrag dazu leistet, dass die Alterssicherung in der Schweiz auch in Zukunft auf einer soliden Basis steht.
9. **Familienpolitik:** Den Familien sollen mehr Freiräume durch steuerliche Erleichterungen eingeräumt werden. Ein ausreichendes Angebot an Tagesstrukturen soll auch Frauen vermehrt die Weiterführung der Berufstätigkeit ermöglichen; *im Gegenzug* sind von den Familien Verantwortung in der Erziehung und die gegenseitige Bereitschaft zur Fürsorge von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern zu erwarten.
10. **Gesamtsicherheit:** Der Staat hat die innere und äussere Sicherheit der Bürger, des privaten und kollektiven Besitzes jederzeit zu gewährleisten; *im Gegenzug* wird von allen Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass sie ihren Solidarbeitrag im Rahmen des Milizsystems (Familie, öffentlichen Institutionen (z.B. Zivilschutz, Armee), etc.) erbringen.

## **2. Die Ziele der FDP-Wachstumspolitik**

Ziel 1 (Aussenwirtschaft, Arbeitsmarkt, Migration, Wettbewerb):

**Die Schweiz nimmt im OECD-Vergleich eine Spitzenstellung in Wohlstand und Wachstum ein.**

Voraussetzung für mehr Wachstum sind eine offene Volkswirtschaft (Aussenwirtschaftspolitik), ein fordernder und fördernder Arbeitsmarkt (Arbeitsmarktpolitik), eine am langfristigen Wachstum orientierte Migrationspolitik sowie die Förderung von Wettbewerb (Wettbewerbspolitik). Die Entwicklung muss dem Kriterium der Nachhaltigkeit genügen. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte sind miteinander zu beurteilen.

Ziel 2 (Finanzen, Steuern)

**Die Schweiz hat eine Staats- und Fiskalquote, die dauerhaft zu den drei tiefsten der OECD-Länder gehören muss.**

Der Staat (Bund, Kantone und Gemeinden) hat sich auf seine ureigenen Aufgaben (u.a. Machtmonopol, service au public, Infrastrukturen) zu konzentrieren und der Privatwirtschaft und dem Unternehmertum möglichst viel Freiraum zu gewähren. Es ist die Verschuldungsquote abzubauen. Weniger Schulden vergrössern die Zukunftschancen und die Zukunftsmöglichkeiten der kommenden Generation. Gebühren haben sich strikte am Aufwand zu orientieren. Niedrigere Steuern schaffen Freiheits- und Wachstumschancen und setzen Anreize für Investitionen. Bei den Staatsausgaben ist der Anteil der Investitionsausgaben zu erhöhen.

Ziel 3 (Bildung, Forschung, Innovation)

**Die Schweiz gehört zu den führenden Nationen in Forschung, Bildung und Innovation.**

Gradmesser für die Qualität des Bildungs- und Forschungssystems sind die Position in den internationalen Vergleichsstudien (u.a. PISA), die Zahl der Berufsschul- und Studienabschlüsse und die jährlichen Patentanmeldungen pro Kopf. Forschung und Hochschulsystem in der Schweiz sind attraktiv für Höchstqualifizierte aus aller Welt.

Ziel 4 (Infrastruktur, service au public)

**Die Schweiz verfügt über eine Spitzenposition im „service au public“ bezüglich Verfügbarkeit, Qualität und Preis.**

Ein breiter Zugang zu Kommunikation und Mobilität gewährleistet die Wachstumschancen. Eine Grundversorgung (service au public) ist sicherzustellen und dem Wettbewerb so weit wie möglich zu öffnen. Spezifische Situationen, wie diejenigen von Grenzregionen oder von nicht zentral gelegenen Regionen, sind gebührend zu berücksichtigen.

Ziel 5 (Sozial- und Gesundheitspolitik)

**Die Schweiz verfügt im OECD-Vergleich über das langfristig sicherste Sozialversicherungssystem.**

Alle Generationen sollen Anrecht auf ein nachhaltiges soziales System haben. Die Schweiz braucht weiterhin ein auf den drei Pfeilern Umlage, berufliche Vorsorge und individuelles Sparen bauendes Sozialversicherungssystem mit angemessenen Leistungen und einer gesicherten Finanzierung. Das Wachstum der Kosten der sozialen Sicherheit ist einzudämmen. Die Eigenverantwortlichkeit ist über Anreize zu fördern. Die Gesundheitspolitik ist auf eine hochstehende Grundversorgung, auf eine spezialisierte Spitzenmedizin und auf die wirtschaftliche Tragbarkeit auszurichten.

Ziel 6 (Familien- und Seniorenpolitik)

**Die Schweiz hat im OECD-Vergleich die attraktivsten Zutrittsbedingungen zum Arbeitsmarkt.**

Die freiwillige Seniorenteilzeitarbeit und die Rahmenbedingungen für die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt sollen gefördert werden. Die Fähigkeiten und Interessen auch der älteren Berufstätigen ist zur Sicherstellung des für das Wachstum benötigten Arbeitsangebotes wertvoll. Die Erfahrung der Älteren stützt die Arbeitsproduktivität. Den Familien sind verbesserte Wege zu eröffnen, die sowohl die Kinderbetreuung als auch die Arbeitstätigkeit ermöglichen. Die Familien sind wesentlicher Bestandteil einer gesicherten und prosperierenden Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft. Die hohe Erwerbstätigenquote soll erhalten bleiben.

Ziel 7 (innere und äussere Sicherheit)

**Die Schweiz ist das sicherste Land in Europa.**

Sicherheit ist Voraussetzung für Wachstum und Investitionen. Rechtssicherheit muss in vorbildlicher Weise gewährleistet sein. Die Vorbeugung sowie die Ahndung von Verfehlungen effizient und vertrauensbildend sicherzustellen. Die innere und äussere Sicherheit der Schweiz kann nur in Kooperation mit den ausländischen Partnern realisiert werden.

**Aus diesen sieben Zielen leitet die FDP im Sinne einer Schwerpunktsetzung folgende konkrete Bausteine für die Umsetzung ihres Wachstumsprogramms ab.**

### 3. Die Bausteine für die Umsetzung

#### Aussenwirtschaft

1. Die per 1. Juni in Kraft getretenen bilateralen Verträge sind im **Interesse unserer Volkswirtschaft** umzusetzen
2. Die bilateralen Verhandlungen II sind im Sinne der **schweizerischen Interessenpolitik** und der Erhaltung grösstmöglicher Souveränität zu führen. Es soll der **volkswirtschaftliche Nutzen** im Vordergrund stehen. Die **Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes** als wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor ist entschlossen zu wahren.
3. Die Interessen des „Werkplatzes Schweiz“ stehen ebenso im Vordergrund. Dazu gehören der rasche **Abschluss von Freihandelsabkommen** (vor allem via EFTA, insbesondere für Europa, Mittelmeerraum und Amerika) mit wichtigen Export-Zielländern, verbesserte Regeln für die Ursprungskumulation und weitere **Erleichterungen bei der Zollabfertigung** (Umsetzung bilaterale Abkommen I, bilaterale Verhandlungen II).
4. Im Rahmen der WTO sollen **weitere Liberalisierungsrunden** zu Gunsten der gesamten Weltwirtschaft eingeleitet werden.

#### Arbeitsmarkt

5. Die **Lohnnebenkosten sind zu senken** (Beseitigung des 3. Lohnprozentes im Rahmen der Revision der Arbeitslosenversicherung).
6. Es braucht einen weiteren **Abbau der fiskalischen Belastung der Arbeitseinkommen, insbesondere die Beseitigung der Nachteile für Familien ist durchzusetzen** (Steuerpaket).
7. Zur Gewährleistung einer hohen Beschäftigung ist das **liberale Arbeitsrecht** weiterhin zu bewahren und eine hohe Arbeitsmarktflexibilität sicherzustellen.
8. **Sozialpartnerschaftliche Lösungen** sind gesetzlichen Mindestlöhnen vorzuziehen.
9. Die **Hindernisse für den Verbleib von Älteren und Frauen im Arbeitsmarkt sind zu beseitigen** (Auf keinen Fall sollen staatlichen Anreize für Frühpensionierungen gesetzt werden).

#### Migration und Integration

10. Die **Personenfreizügigkeit mit der EU** ist sukzessive umzusetzen.
11. Es braucht eine Einwanderungseingrenzung gegenüber Nicht-EU-Staaten, aber eine rasche Integration derjenigen, die hier zugelassen sind. Die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten soll **ausschliesslich unter gesamtwirtschaftlicher Perspektive erfolgen** (nur **gut qualifizierte Personen**, Integrationswilligkeit ist Bedingung).

12. Der Standortwettbewerb für **hoch- und höchstqualifizierte Arbeitnehmer** muss optimal ausgestaltet werden. Es sind daher **green card- Lösungen** (Punktesystem, Kriterien siehe „Migrationspapier“) bei gewissen Qualifikationen für spezifische Berufsgattungen zu prüfen. Der reibungslose Übergang von ausländischen Hochschulabsolventen in die schweizerische Wirtschaft muss sichergestellt werden.
13. Die bürokratische und investitionsfeindliche **Lex Koller/Friedrich** ist **abzuschaffen**.

## **Wettbewerb/ KMU-Politik**

14. **Das Kartellgesetz muss griffiger werden** (Ja zu direkten Sanktionen, Erleichterung nicht-patentgeschützter Parallelimporte, Verhinderung von Vertikalabsprachen).
15. Das **Binnenmarktgesetz** muss wirksamer werden (u.a. bessere Chancen für alle beim Binnenmarkt im öffentlichen Beschaffungswesen).
16. Zu einer fairen Wettbewerbspolitik gehört der systematische **Abbau von administrativen Hürden**, insbesondere für KMU, welche in den 90er Jahren den stärksten Beitrag für die Beschäftigungszunahme erbrachten. Neugründungen, Neuansiedlungen und bestehende Unternehmen sind administrativ und, unter gewissen Bedingungen, steuerlich zu entlasten.
17. **Einspracheverfahren**, insbesondere im Rahmen des Verbandsbeschwerderechts, welche Investitionen erheblich hinauszögern oder verhindern, sind zu **straffen und die Fristen zu verkürzen**.
18. Der Unternehmergeist soll gefördert werden. Für KMU ist auf Bundes- wie auch auf kantonaler Ebene eine funktionsfähige, kundenorientierte **One-Stop-Stelle für Neugründer** zu schaffen resp. auszubauen.

## **Finanzen und Steuern**

19. **Die Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte** muss über einen Konjunkturzyklus hinaus **unter dem BIP-Wachstum** liegen.
20. **Die Einführung eines Ausgabenreferendums** ist auch **beim Bund zu prüfen**.
21. Die tatsächliche Wirkung von Gesetzen und der staatlichen Aktivitäten ist regelmässig zu überprüfen. Alle Subventionen sind weiterhin konsequent zu befristen. **Eine Verlängerung ist von klaren Kriterien abhängig zu machen und hat über den Gesetzesweg zu erfolgen**.
22. **Die Schuldenbremse ist ab 2003 umzusetzen** und ergänzende institutionelle finanzpolitische Mechanismen zur Stabilisierung Fiskal- und Staatsquote sind zu entwickeln (siehe Fraktionsmotion: Einführung Staats- und Fiskalquotenbremse).
23. Das Steuerpaket zur **Entlastung der natürlichen Personen, der Unternehmen und des Finanzplatzes** ist umzusetzen. Es braucht verstärkte **Anreize zugunsten eines breit gestreuten Wohneigentums**.
24. Ein Steuerpaket II (Motion Schweiger) ist anzugehen mit den Schwerpunkten **Unternehmensbesteuerung, Verringerung der steuerlichen Doppelbelastung** bei der Besteuerung von ausgeschütteten Gewinnen und der **Eliminierung der Kapitalsteuer** im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes.

25. **Die Unternehmensnachfolge** (Familiennachfolge) bei KMU ist zu erleichtern.
26. **Der Neue Finanzausgleich** mit einer verbesserten Aufgabenverteilung zur Optimierung des Mitteleinsatzes ist durchzusetzen.

## **Kapitalmarkt**

27. Die **Transparenz-Vorschriften** für börsenkotierte Unternehmen haben sich an den weltweit führenden Standards auszurichten.
28. Im Rahmen der anstehenden Aktienrechtsrevisionen für nicht börsenkotierte Unternehmen sind auch **erweiterte Auflagen bzgl. Transparenz und Schutz der Minderheitsaktionäre** vorzusehen
29. Zur Stärkung der Unabhängigkeit der externen Revision ist eine **weitergehende Trennung** zwischen Revision und Beratertätigkeit herbeizuführen.
30. Bei Vergehen gegen Vorschriften zur Rechnungslegung zwecks Täuschung sind **verschärfte Strafnormen** vorzusehen.
31. Die Vermischung zwischen Firmen- und Kundeninteressen im Bereich der Vermögensverwaltung ist durch eine **strikte personelle Trennung** im Rahmen der Selbstregulierung zu unterbinden.

## **Bildung, Forschung und Innovation**

32. Es ist ein **Gesamthochschulsystem Schweiz** zu schaffen mit verstärkter Koordination unter den kantonalen Hochschulen (Clusterbildung/ Schwerpunktbildung); ein **gesamtheitliches Bildungs- und Wissenschaftsdepartement** ist zu schaffen.
33. Es braucht eine **frühere Einschulung** und **kürzere Erst-Ausbildungszeiten**. Neben der Förderung schwächerer Schüler ist auch die Begabtenförderung weiter voranzutreiben.
34. Systematische Leistungseinschätzungen der Schulen über **Bildungsindikatoren** sind durchzusetzen. Vergleichenden Studien sind auch kantonal durchzuführen und die Ergebnisse internationaler Studien auch kantonsweise bekanntzugeben.
35. Die Entwicklung hin zu vermehrten Angeboten für „lebenslange“ Lernmöglichkeiten ist zu fördern; die **Weiterbildung** z.B. mit Akkreditierung von Weiterbildungsangeboten ist zu **stärken**.
36. Die **Dualität der Berufsbildung** (Berufslehre, akademische Ausbildung) ist innovativ weiterzuentwickeln.
37. **Die Grundlagenforschung** ist zu stärken durch eine Auswahl der Projekte auf der Basis von anspruchsvollen **Qualitätskriterien** (Evaluation nach internationalen Standards).
38. Eine vermehrte **Kooperation und Schwerpunktbildung** in der kapitalintensiven Grundlagenforschung ist anzustreben.
39. Die Rahmenbedingungen für die **Nutzung neuer Technologien** (z.B. Gentechnologie, Stammzellenforschung) sind zu verbessern (keine Moratorien).
40. **Der Technologietransfer** zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss **intensiviert** werden. Den Fachhochschulen ist das notwendige Gewicht beizumessen.

## Service au public und Verkehr

41. Weitere geordnete **Marktöffnungen und mehr Wettbewerb** (Öffnung Elektrizitäts- und Gasmarkt, Freigabe der letzten Meile, Senkung Monopolbereich Post auf 50g, Erleichterter Zugang privater Anbieter im öffentlichen Verkehr) sind durchzusetzen. Dabei ist den Betreibern eine wirksame Grundversorgung aufzuerlegen.
42. Staus und Mobilitätshindernisse sind wachstumshemmend. Daher braucht es eine **Anti-Staupolitik** und ein **gezielter Kapazitätsausbau im Verkehrsbereich** durch die Behebung der Engpässe, eine Erhöhung der Sicherheit und eine verbesserte Koordination unter den Verkehrsträgern. (Agglomerationsverkehr, Nationalstrassen, Schienenverkehr).
43. Die **Zweite Etappe Bahn 2000** ist rasch voranzubringen und die **Transportlogistik im Schienen-Güterfernverkehr** und die **Anbindung an die internationalen Hochgeschwindigkeitsstrecken** zu verbessern.
44. Die **internationale Verkehrsanbindung** im Flugverkehr ist sicherzustellen (Sicherstellung des Hubs Zürich und der Flughäfen Basel, Bern, Genf, Lugano; die Koordination ist zu gewährleisten).

## Gesundheit

45. Gesundheitspolitik ist so dem Wettbewerb zu öffnen, dass Patienten, Ärzte, Spitäler und Krankenkassen ein verstärktes **Interesse am Sparen** haben.
46. Der **Kontrahierungszwang ist aufzuheben**: Mehr Wettbewerb und Vertragsfreiheit für Leistungserbringer und Versicherer soll durchgesetzt werden.
47. **Die Selbstverantwortung** der Versicherten ist durch höhere Franchisen und höheren Selbstbehalt zu stärken; der Zugang zum selbst gewählten und wechselbaren Grundversorger ist zu gewährleisten.
48. Eine Abkehr von der dualen hin zur **monistischen Spitalfinanzierung** ist umzusetzen (Subjekt- anstatt Objektfinanzierung, Spitäler als selbständige Unternehmen).

## Soziales und Seniorenpolitik

49. **Das Dreisäulensystem bei der Altersvorsorge ist weiter zu festigen. Wahlmöglichkeiten bei der 2. Säule** sind zu prüfen und eine **massvolle Senkung der Eintrittsschwellen zur 2. Säule** zu ermöglichen. Die Transparenz zugunsten der Versicherten ist zu verbessern. Die erste Säule ist langfristig finanziell zu sichern.
50. Die **freiwillige Seniorenteilzeitarbeit ist zu begünstigen und die Flexibilisierung der AHV gegen oben attraktiver zu gestalten (4 Säule: zusätzliche Alterssäule dank Beschäftigung im Alter)**
51. **Anreize für Freiwilligenarbeit sind zu stärken.**
52. **Es braucht ein Gesamtkonzept** zum Sozialversicherungsnetz mit dem Ziel, das Wachstum der Soziallastquote einzudämmen. In den Bereichen, wo Einkommensersatz für Haushalte unterhalb des Rentneralters angeboten wird (ALV, IV, Fürsorge,

Krankenkassenprämien-Subventionen) sind **arbeitsanreizende Modelle zu prüfen und auszuarbeiten zum Beispiel in der Form von Steuergutschriften** (siehe Vorschläge Departement Couchepin).

53. Zusätzlicher Finanzierungsbedarf bei AHV und IV darf **ausschliesslich via indirekte Steuern (MwSt.)** gewährleistet werden.

## **Familienpolitik**

54. **Höhere und zielgerichtete Steuererleichterungen für Familien mit Kindern:** sind durchzusetzen (Abzug für berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder, Erhöhung des Kinderabzuges, Abzug für Alleinerziehende).
55. Familienfreundliche Schulstrukturen (**generelle Einführung von Blockzeiten**, Betreuung während Mittagspause (Mittagstisch) und bei Bedarf Etablierung von Tageschulen) sind durchzusetzen. Die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter ist auszubauen.
56. Ein **Mutterschaftsurlaub** von 14 Wochen für alle erwerbstätigen Frauen ist zu gewährleisten.

## **Innere und äussere Sicherheit**

57. Es ist mittelfristig die Schaffung eines **Gesamtsicherheitsdepartements (innere und äussere Sicherheit)** zu prüfen, um mit den vorhandenen Mitteln ein Optimum an Sicherheit zu erreichen.
58. **Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist zu gewährleisten** (Rechtssicherheit sicherstellen, Ghettoisierung der Städte bekämpfen, Unsicherheitsgefühle abbauen). Alltags- und Wirtschaftskriminalität sowie Gewalt in den Schulen und Vandalismus sind energisch zu bekämpfen.